

Medienmitteilung

1. Berner Asylsymposium

Bern, den 13. Oktober 2004.

Das 1. Berner Asylsymposium setzt den Dialog in Gang

Nahzu 200 Asylfachleute aus den Städten, den Kantonen, dem Bundesamt für Flüchtlinge, dem Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES), dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), der Asylrekurskommission, sowie VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen und anerkannte Flüchtlinge folgten der Einladung der Schweizerischen Flüchtlingshilfe (SFH) und des UNO-Hochkommissariats für Flüchtlinge (UNHCR) zum 1. Berner Asylsymposium.

Hauptthema war die Umsetzung der „Agenda für den Flüchtlingsschutz“ in der Schweiz. Während zwei Tagen bot das Symposium eine Plattform für einen sachlichen Dialog in offener Atmosphäre – für einmal ohne politische Polemik. Verschiedene Themenbereiche wurden diskutiert und konkrete Vorschläge erarbeitet, um dem Schutz von Flüchtlingen mehr Nachachtung zu verschaffen.

Als Rednerinnen und Redner konnten die Veranstalter namhafte Asylexperten begrüßen, darunter Herrn Urs Hadorn, Direktor des Bundesamtes für Flüchtlinge, Herrn Prof. Dr. Walter Kälin von der Universität Bern, Herrn Raymond Hall, Direktor des Europabüros des UNHCR sowie Frau Monika Stocker, Sozialdirektorin der Stadt Zürich und Herrn Roger Schneeberger, Leiter des Migrationsdienstes des Kantons Bern.

Viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass die Komplexität des Schweizerischen Asylsystems seine praktische Effizienz beeinträchtigt. Die Vielzahl von bereits eingeführten Ausnahmeregelungen und Verschärfungen wie auch die jüngsten Änderungsvorschläge machen das System schwerfällig, kostenintensiv und für die Bevölkerung nur noch schwer nachvollziehbar. Ausserdem stellt der Missbrauch des Asylsystems durch Personen, die keinen internationalen Schutz benötigen, alle Beteiligten vor reale Probleme.

Die Asyldebatte ist geradezu überpolitisiert – sie findet fern der Realität statt. In Wahrheit sinken die Asylgesuchszahlen in der Schweiz wie in ganz Europa stetig. Es bedarf eines Dialoges an dessen Ende konkrete Vorschläge stehen, die den internationalen Schutz verbessern.

Die Schweiz spielt auf internationalem Parkett eine Vorreiterrolle im Bezug auf den Menschenrechtsschutz. Leider folgt sie diesen Vorgaben auf nationaler Ebene nicht immer konsequent. Marksteine des internationalen Engagements der Schweiz waren die Organisation der Ministerkonferenz von 2001, wo die Wichtigkeit der Flüchtlingskonvention von 1951 bekräftigt wurde, sodann die Unterstützung bei der Erarbeitung und Lancierung der „Agenda für den Flüchtlingsschutz“ im Jahr 2002 und dem darauf folgenden Conventions Plus-Prozess. Dieser zielt darauf ab, konkrete nachhaltige Vorschläge für einen internationalen Flüchtlingsschutz sowie eine faire Lastenverteilung zu erarbeiten.

Das Symposium näherte sich dem Ziel der Agenda – einem verbesserten nachhaltigen Flüchtlingsschutz – aus verschiedenen Stossrichtungen an, die jeweils auf den Vorgaben der „Agenda für den Flüchtlingsschutz“ fussen.

Folgende Hauptargumentationslinien wurden entwickelt:

1) Voraussetzung für ein faires, effizientes und qualitativ hochstehendes Asylverfahren ist der garantierte Zugang zu einer unabhängigen Verfahrensberatung. Die Einführung einer neutralen Rechtsberatung würde die Zahl unbegründeter Rekurse reduzieren, die Qualität der eingereichten Rekurse erhöhen und dadurch die Arbeit der Asylrekurskommission beschleunigen.

2) Um den Druck vom Schweizer Asylsystem zu nehmen, müssen wirksame Massnahmen gegen den Asylmissbrauch auf Grundlage einer verstärkten Kooperation auf nationaler und internationaler Ebene erarbeitet werden.

3) Durch eine Praxisänderung soll die Verfolgung durch nichtstaatliche Akteure als asylrelevant anerkannt werden. Die Einführung der humanitären Aufnahme soll den Status von Gewaltflüchtlingen verbessern.

4) Das Nichteintretens-Verfahren sollte durch ein vereinfachtes und beschleunigtes Verfahren zu Prüfung von offensichtlich unbegründeten Fällen ersetzt werden.

5) Im Nachgang zu diesem Symposium sollte eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden, die BehördenvertreterInnen und Fachleute von Nichtregierungsorganisationen und dem UNHCR an einen Tisch bringt.

6) Da sich der politische Diskurs über den Asylbereich immer weiter von der Realität entfernt, ist es angesichts der laufenden Asylgesetzrevision höchste Zeit für einen Dialog zwischen Asylfachleuten und VertreterInnen der Politik.

Angesichts des Erfolges endete die Veranstaltung bereits mit der Einladung zum nächsten Asylsymposium.

Für weitere Auskünfte wenden Sie sich bitte an:

UNHCR : Alexander Beck, Rechtsberater, 079 221 57 03
 Olivier Delarue, Chef de Service, 079 217 31 20

SFH: Jürg Schertenleib, Leiter Rechtsdienst, Tel. 078 824 25 95
 Yann Golay, porte-parole, 031 370 75 67 ou 079 708 99 26